Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 5 (1937-1938)
Heft: 12

Artikel: Oesterreichs Schicksal und wir
Autor: Salis, J.R. von
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-759026

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Oesterreichs Schicksal und wir

Von J. R. von Salis

Seit dem 13. März 1938 gibt es keinen selbständigen Staat Oesterreich mehr. Das von Bismarck gegründete Deutsche Reich, das bereits durch den Zusammenbruch von 1918 und die nationalsozialistische Revolution von 1933 tiefe innere und äussere Wandlungen durchgemacht hat, ist von Adolf Hitler im grossdeutschen Sinn umgestaltet worden. Zu den gemeinsamen Grenzen mit Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Polen, Litauen, der Tschechoslowakei und der Schweiz erwarb nunmehr Deutschland neue Grenzen mit Ungarn, Jugoslavien und Italien. (Mit Russland hat es seit 1918 keine gemeinsame Grenze mehr). Der verschwundene Oesterreichische Bundesstaat, der seinerseits eine Schöpfung der Friedensverträge von 1919 war, umfasste aber nicht alle deutschstämmigen Angehörigen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie; bei der Aufteilung dieses zwölfsprachigen 50 Millionenreiches unter die sieben Nachfolgestaaten fielen deutsche Gebiete der habsburgischen Erblande an die Tschechoslowakei (in Böhmen und Mähren), an Jugoslavien (in Untersteiermark) und an Italien (im Südtirol). Deutschland trat durch die Einverleibung Oesterreichs an dessen Stelle als siebenter, weitaus grösster und am stärksten bevölkerter Nachfolgestaat.

Denn zunächst ist der „Anschluss" eine neue — d. h. nicht die erste — Folge der rückläufigen Bewegung, die in Europa seit mehreren Jahren gegen das schwankende Gebäude der Friedensverträge von 1919 eingesetzt hat. Aber während die ersten Erfolge der Revisionspolitik — vorzeitige Räumung der Rheinlande durch die alliierten Truppen, Freiheit für die deutsche Luftfahrt, Einstellung der Reparationszahlungen und dann, nach der Machtergreifung durch Hitler, Saarabstimmung, unbeschränkte Wehrhoheit für Deutschland, Remilitarisierung

der Rheinlande, Nationalisierung der deutschen Fluss-Schiffahrt — die territorialen Bestimmungen der Friedensverträge unangetastet liessen, hat Deutschland zum erstenmal seit fast zwei Jahrzehnten die Grenzen gesprengt, die ihm damals von der Siegerkoalition gewiesen wurden. Was Hitler nach der Saarabstimmung vom Januar 1935 und dann wieder, ein Jahr später, nach der militärischen Besetzung der Rheinlande den Franzosen versichert hat, die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich sei als endgültig zu betrachten, das versicherte er nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Oesterreich den Italienern, indem er an Mussolini schrieb, er habe eine „klare Grenze" nun auch zwischen Deutschland und Italien gezogen; diese Grenze sei der Brenner. Mussolini hat daraufhin in seiner Rede vor der italienischen Kammer festgestellt, es handle sich dabei um eine „unantastbare Grenze". Damit haben die befreundeten Achsenmächte deutlich bekundet, dass Deutsch-Südtirol nicht Gegenstand einer Debatte zwischen ihnen sein kann. Ob Hitler auch die Grenzen mit den andern Nachfolgestaaten im Donaubecken als endgültig und klar betrachtet, ist eine andere Frage; in Bezug auf die Tschechoslowakei jedenfalls haben seine Reichstagsreden vor und nach der Besetzung Oesterreichs deutlich genug ein „droit de regard" des Deutschen Reiches über die Volksgenossen in der Moldaurepublik angemeldet.

Angesichts der historischen Vorgänge, deren Zeugen wir sind, halten wir es für wesentlich, dass sie einesteils gegen die Friedensverträge gerichtet sind, die Deutschland von Anfang an als ein Diktat aufgefasst und empfunden hat, und dass sie sich andernteils als eine Neuverteilung des habsburgischen Erbes auswirken. Beides erklärt die verhältnismässige Leichtigkeit, mit der die deutsche Aussenpolitik diese Erfolge errungen hat, und die Widerstandslosigkeit, mit der die Welt sie hinnimmt. Denn wenn nicht schon längst die unausgesprochene Einsicht unter den ehemaligen Siegern des Weltkrieges verbreitet wäre, dass auf die Dauer die Friedensbestimmungen nicht in vollem Umfang aufrechterhalten werden können und dass namentlich die 1919 getroffene Neuordnung in Mittel- und Osteuropa keine endgültige war, hätten die Ereignisse der letzten Jahre und Wochen kaum ohne kriegerische Verwicklungen verlaufen können. Es ist psychologisch leicht verständlich, dass die Kabinette von

London und Paris einen neuen Weltkrieg für einen zu hohen Preis betrachten, um auf der letzten Wegstrecke das erfolgreiche Rennen um die Revision der Friedensverträge in Mittel- und Osteuropa aufzuhalten. Ein Volk kämpft für sein Vaterland, aber es kämpft nicht in einer Zeit, wo Kriege nicht mehr mit Söldnerheeren, sondern mit dem Einsatz der ganzen Nation geführt werden müssen, um diplomatische Positionen und fernabliegende Objekte. Ob allerdings die ehemaligen Siegermächte klug handelten, als sie 1919 durch ihre Verteilung des habsburgischen Erbes für ein wiedererstarkendes Deutschland künftige Erfolgsmöglichkeiten schufen, und ob sie während der Nachkriegsjahre weitblickend waren, als sie sich halb starrsinnig, halb schwächlich an eine wortreiche, aber tatenlose Politik des Status quo ante klammerten, ist eine akademische Frage, über die die englischen und französischen Historiker der Zukunft diskutieren werden.

Soweit die Friedensverträge und ihre Umgestaltung in Frage kommen und soweit es um die habsburgische Erbfolge geht, wird die Schweiz von der Vereinigung Oesterreichs mit dem Deutschen Reiche nicht unmittelbar berührt. Denn die Schweiz, die im Weltkrieg und seither neutral geblieben war, hatte keinen Einfluss und keinen Anteil an der Umgestaltung Europas, weder 1919 noch seither; sie hat nach dem Zusammenbruch der benachbarten Doppelmonarchie keinen Quadratmeter österreichischen Bodens für sich beansprucht oder angenommen, als wenig weitblickende Geister ihr die Aufnahme des Vorarlberg in den Bund nahelegten. Diese Dinge müssen gesagt und vor dem In- und Ausland festgestellt werden, in einer Zeit, wo unhistorisches Denken und politische Begriffsverwirrungen die Köpfe trüben. Direkt berührt wird die internationale Stellung der Schweiz nur dadurch, dass sie inskünftig anstatt vier drei Nachbarn haben und dass die deutsche Grenze von Basel bis Martinsbruck, vom Rhein bis zum Inn sich erstrecken wird.

Dazu müssen wir folgendes bemerken: im Lauf unserer Geschichte haben wir je und je Nachbarstaaten in verschiedener Zahl und Gestalt an unserer Grenze gehabt. Je und je haben Kriege, Friedensschlüsse, nationale Bewegungen, Volksabstimmungen die Ausdehnung oder Schrumpfung der gemeinsamen Grenzlinien mit unseren verschiedenen Nachbarn, ja die Ent-

stehung oder das Verschwinden von Staaten an unsern Grenzen zur Folge gehabt, ohne dass dadurch unsere staatliche Existenz in Frage gestellt oder unser Gebiet betroffen worden wäre. Namentlich das allmählige Abbröckeln der alten Habsburger Hausmacht, die während der letzten Jahrhunderte in unserer unmittelbaren Nachbarschaft nach und nach die Franche-Comté, das Elsass, den Breisgau, die Lombardei verlor; das entsprechende Vorschreiten Frankreichs an unserer Westgrenze; die Vereinigung der Lombardei mit Sardinien zum künftigen Königreich Italien, dem die Vereinigung Savoyens mit Frankreich auf dem Fuss folgte; die Vereinigung der süddeutschen Staaten mit dem Deutschen Reich unter preussischer Führung; endlich die Rückkehr des Elsass an Frankreich und die Abtretung des Südtirols an Italien im Jahre 1919 haben sich sozusagen unter unseren Fenstern, jedenfalls an unsern Grenzen, abgespielt. Diesen Veränderungen war das Eine gemeinsam, dass sie letzten Endes alle in den Zusammenschluss unserer drei grossen Nachbarvölker zu Nationalstaaten mündeten. Je mehr das dynastische und territorialstaatliche Prinzip (dem es z. B. zu verdanken war, dass die alte Eidgenossenschaft zeitweise im Westen und im Süden an das Königreich Spanien grenzte!) dem nationalstaatlichen Prinzip die Gestaltung der europäischen Staatenwelt überlassen musste, desto einheitlicher wurden unsere Nachbarstaaten und desto weiter erstreckte sich ihr Gebiet. Bis Frankreich vom Sundgau bis Savoyen, Italien vom Piemont bis zum Etschtal, Deutschland vom Breisgau bis zum Tirol herrschten.

Unsere Generation war zweimal, innerhalb knapp zwanzig Jahren, Zeuge eines österreichischen Zusammenbruches. Die Rückwirkungen des ersten, 1918, waren sicher nicht weniger stark als diejenigen des zweiten sein werden. Was infolge des Weltkrieges verschwand, war ein jahrhundertealtes, ehrwürdiges, mit dem prunkenden Ornat einer grossen Geschichte und Kultur ausgestattetes Kaiserreich, das ausserdem eine geradezu ideale Wirtschaftseinheit darstellte. Oesterreich-Ungarn, die Schöpfung des Hauses Habsburg, war die letzte europäische Grossmacht alten Stils, die ausschliesslich auf dem dynastischen Prinzip beruhte und deren Todfeind das nationale Prinzip war. Deutschland konnte trotz seiner Niederlage den Zusammenbruch des

alten Preussen und die Abdankung der Hohenzollern überstehen, weil das Preussen der Hohenzollern längst in den deutschen Nationalstaat hineingewachsen war und die Reichseinheit durch das Verschwinden der Fürsten und die Abschaffung der Eigenstaatlichkeit der deutschen Länder bereits in der Weimarer Verfassung verstärkt und gestrafft wurde. Oesterreich-Ungarn aber ging mit seinem angestammten Herrscherhaus unter, Galizien schloss sich dem wiedererstandenen Polen an, die Bukowina und Siebenbürgen kamen an Rumänien; die verschiedenen südslavischen Provinzen bildeten fortan mit Altserbien das Königreich Jugoslavien, Italien erhielt die irredentistischen Gebiete bis zum Brenner, aus Böhmen, Mähren und ehemals ungarischen Provinzen entstand die Tschechoslowakei; die kleinen, selbständigen aber verstümmelten Staaten Oesterreich und Ungarn kamen am schlechtesten weg. Ein Blick auf die Sprachenkarte der ehemaligen Doppelmonarchie zeigt, dass eine reinliche territoriale Scheidung nach Nationalitäten nicht möglich war; nichtsdestoweniger spielte bei der Teilung der habsburgischen Erbschaft das Nationalitätenprinzip zugunsten der slavischen und romanischen, zuungunsten der deutschen und magyarischen Völker. Es gab zwar seit 1918 in Mittel- und Osteuropa bedeutend weniger nationale Minderheiten, aber die neuentstandenen Minderheiten gehörten hauptsächlich den im Habsburger Reich ehemals herrschenden Deutschen und Ungarn an. Jede Neuordnung Europas — vom Westfälischen Frieden bis zu den Verträgen von 1919 — hat Gutes und Schlechtes, Dauerhaftes und Brüchiges enthalten. Versailles brachte den Polen, Tschechen, Jugoslaven, sowie Teilen des rumänischen und italienischen Volkes die Erfüllung ihrer nationalen Träume, und insofern entsprach dieser Vertrag dem Geist des Jahrhunderts und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker; aber wie ein Fluch lastete auf der Nachkriegszeit die Tatsache, dass in seinen anderen Kapiteln das Vertragswerk gegen jenen Geist und dieses Recht verstiess, wenn es sich um die Besiegten handelte. Die Zerreissung des österreichisch-ungarischen Wirtschaftsraumes, die Züchtung eines Wirtschaftsnationalismus in den Nachfolgestaaten, die unkluge, vom Vergeltungsinstinkt eingegebene Behandlung der Minderheiten durch die neuen Staatsvölker, die Verarmung Oesterreichs und Ungarns — das alles trug dazu

bei, einen Zustand der Unsicherheit und Unzufriedenheit in Mitteleuropa zu schaffen, der die Revisionswünsche nicht verstummen liess.

Ohne diese Zusammenhänge wäre der neue, endgültige Zusammenbruch des Landes, dem allein seit 1919 der Name Oesterreich geblieben war, nicht verständlich. Denn weder der grossdeutsche Gedanke noch die nationalsozialistische Bewegung vermögen allein die widerstandslose Vereinigung und Gleichschaltung Oesterreichs mit dem Dritten Reich zu erklären. Ehe Hitler das Schicksal Oesterreichs im grossdeutschen Sinn bestimmen konnte, hatte während neunzehn Jahren die Politik der Siegermächte und der Nachfolgestaaten alles unterlassen, was eine sinnvolle, dem Herkommen entsprechende und mit dem Selbstbestimmungsrecht des österreichischen Volkes übereinstimmende Erhaltung der Eigenstaatlichkeit Oesterreichs vielleicht hätte ermöglichen können.

*

Es ist für uns Schweizer nicht gleichgültig, dass die Ereignisse in unserer Nachbarschaft, die uns alle bewegen, in erster Linie Folgen des Weltkriegs, der Friedensverträge und der Nachkriegspolitik sind. Gewiss nehmen wir und nahmen schon unsere Vorfahren innig teil an Freud und Leid unserer Nachbarn — aller Nachbarn. Unsern Herzschlag kann niemand von aussen her kommandieren, solange es Eidgenossen geben wird. Aber für unser aussenpolitisches Denken und Handeln ist der klare Verstand massgebend, sogar wenn diese Haltung manchmal mit einer gewissen Härte gegen uns selbst verbunden ist. Nichts wird allerdings die Freimütigkeit unserer mündlichen und gedruckten Meinungsäusserungen einschränken können, die zu den unveräusserlichen, auf einer langen Tradition und der Bundesverfassung beruhenden Freiheitsrechten unseres Volkes gehören. Aber wir machen gerade von dieser Freimütigkeit Gebrauch, wenn wir eingedenk unserer Unabhängigkeit und Neutralität den Standpunkt einnehmen, dass wir uns niemals mit der Politik der einen oder andern Mächtegruppe, des einen oder andern Nachbarstaates identifizieren können. Es gab in der Schweiz keinen Jubel über den Vertrag von Versailles, es gibt keinen Jubel über seine Zerstörung und über die Angliederung

Oesterreichs an Deutschland. Die Niederlagen der einen und anderen waren nicht unsere Niederlagen, ihre Siege nicht unsere Siege. Es ist nicht Fühllosigkeit noch ein Mangel an Mitschwingen mit den Völkerschicksalen, die uns so zu sprechen gebietet; es ist schweizerische Politik. Daneben ist Mitleid, Hilfsbereitschaft, charitative Betätigung und Asylrecht für Verfolgte eine Sache, die uns niemand nehmen kann und die auch zum Bereich unserer Souveränität gehört; sie darf umso weniger verkümmern, als sie eine Art Kompensation darstellt für das unschätzbare Recht, in fremden Händeln abseits stehen zu dürfen.

Die Neutralität der Schweiz ist ein altes Erbgut, und wer das Privileg, das sie zweifellos ist, übertrieben finden sollte, der möge sich gesagt sein lassen, dass sie in jahrhundertelangem Streit und Krieg erkämpft werden musste, wie die Unabhängigkeit und die Staatsform der Eidgenossenschaft auch nicht ohne viele äussere und innere Kämpfe zustande gekommen sind. Man hat in letzter Zeit Stimmen gehört, die in ihrer Besorgnis Vergleiche zwischen „Kleinstaaten" zogen und Rückschlüsse auf das Schicksal der Schweiz für angezeigt hielten. Ohne im geringsten dem Fehler der Selbstgerechtigkeit oder Ueberheblichlichkeit zu verfallen, müssen wir an den alten Satz erinnern, man dürfe nur Vergleichbares miteinander vergleichen. Der verstümmelte Rumpfstaat Oesterreich, der nach des verstorbenen Bundeskanzlers Ignaz Seipel eigenen Worten bloss der kleine Rest war, der nach der Aufteilung der Doppelmonarchie unter die Nachfolgestaaten übriggelassen worden ist, hatte denn doch eine völlig andere Entstehungsgeschichte und Struktur als die Schweiz. Es war am Anfang fast ein Staat wider Willen, dem in den Verträgen von Versailles und Saint-Germain ausdrücklich eine Pflicht aus seiner Selbständigkeit gemacht worden war.

In seinem letztes Jahr erschienenen Buch „Dreimal Oesterreich" hat der ehemalige Bundeskanzler Schuschnigg anhand von Sitzungsprotokollen der österreichischen Nationalversammlung aufgezeigt, dass von Anfang an die Sozialdemokraten den Anschluss ans Reich wünschten und Oesterreich für nicht lebensfähig erklärten. Seine Schilderung des Zusammenbruchs und der Revolution von 1918 ist erschütternd, als alles, was ans alte Oesterreich erinnerte, Symbole, Fahnen, Kokarden und selbst die im Krieg den Frontkämpfern verliehenen Orden und

Tapferkeitsmedaillen entfernt und verborgen gehalten werden mussten; es war soweit gekommen, dass man sich der kaiserlichen und österreichischen Vergangenheit schämen oder doch sie verleugnen zu müssen glaubte. „Aus der Zeit der Revolution wuchs langsam und sicher in 15 harten Jahren die Zeit der Verzweiflung", schreibt Schuschnigg. „Jetzt erst wussten wir wieder, was wir verloren hatten, als das alte Vaterland zugrunde ging. Es hat lange gedauert, aber dann fiel es wie Schuppen von den Augen. Es kam das nüchterne Denken, das gerechte Urteil, — das Heimweh. So fanden wir zurück zu Oesterreich". Fünfzehn Jahre dauerte es, erzählt der letzte Bundeskanzler, bis man Oesterreich wieder „Vaterland" zu nennen begann; vorher sagte man abstrakt und trocken „der Staat". Was dann folgte, war der tapfere, aber mit unzulänglichen Mitteln im Inneren, ohne genügende Unterstützung von Aussen geführte Kampf um ein selbständiges, unabhängiges, deutsches Oesterreich, das seine Traditionen aus der kaiserlichen und katholischen Zeit gegen die Sozialdemokratie, gegen die grossdeutsche Anschlussidee und gegen den Nationalsozialismus zu Hilfe rief. Schuschnigg meinte, der Zusammenbruch und die Revolution von 1918 seien in den Jahren 1933-34 — zur Zeit des Bundeskanzlers Dollfuss — „unter Fieberschauern überwunden" worden. In Wirklichkeit war es zu spät, das österreichische Volk zu uneinig, die Grundlage, die Dollfuss und Schuschnigg ihrem Regime gegeben hatten, zu schmal, die Wirtschaft zu schwach, der Nationalsozialismus in Oesterreich zu verbreitet, der Anschlussgedanke zu lebendig, die Hoffnungslosigkeit weiter Bevölkerungsschichten zu tief, die alten Symbole aus der kaiserlichen Zeit der Jugend zu unvertraut, die Aussenpolitik zu lange und zu ausschliesslich auf Italien abgestellt, die eventuelle Restauration der Habsburger mit zu grossen Schwierigkeiten verbunden, der engere wirtschaftliche und politische Zusammenschluss mit der Tschechoslowakei und Ungarn (wenn er möglich gewesen wäre) bei der Mehrheit der deutschfühlenden Oesterreicher zu unpopulär, die Anwendung demokratischer Grundsätze und Gepflogenheiten, die selbst ein autoritäres Regime nicht ganz entbehren kann, zu lange vernachlässigt, die politische Bindung an die katholische Kirche zu eng, als dass eine Gesundung und Erstarkung des österreichischen Rumpfstaates noch hätte eintreten können.

Benito Mussolini hat noch vor drei Jahren, also nach der Ermordung Dollfuss', im Popolo d'Italia vom 13. Februar 1935 unter dem Titel „La missione storica dell' Austria" einen Artikel veröffentlicht, der in seine gesammelten Schriften aufgenommen wurde und mit den Worten schliesst: „Ich glaube, dass mit dem Ablauf der Jahre, mit dem Wiedererstarken des Staates, mit der Erholung der Wirtschaft, jedermann sich davon überzeugen wird, dass Oesterreich leben kann; es kann daher ein zweiter deutscher Staat in Europa leben, deutsch, aber Herr seines eigenen Schicksals." Kein Zweifel, dass der Duce guten Glaubens war, als er so dachte und schrieb, wie die vielen hundert Politiker und Journalisten, die in der Welt diese Ansichten teilten, wie in Oesterreich die vaterländisch Gesinnten, die auf diesen Glauben oder diese Hoffnung ihre Politik gründeten. Die einen waren deshalb noch lange keine Dummköpfe, ebenso wenig wie die anderen aus diesem Grund ehrlose Menschen oder Verräter gewesen sind.

Für Deutschland allerdings ist eine Zeit angebrochen, in der jede Erinnerung an die letzten fünf Jahre Unabhängigkeitspolitik in Oesterreich wie ein Verrat am deutschen Volk gebrandmarkt werden wird. Wie 1918 die Sozialdemokraten, verpönen heute die Nationalsozialisten jede Erinnerung ans alte Oesterreich. Die Staatsmänner dieses letzten, tragischen Lustrums österreichischer Geschichte werden in der deutschen offiziellen Publizistik und Geschichtschreibung nicht besser wegkommen als etwa die rheinischen Separatistenführer (obschon dieser Vergleich ganz verfehlt wäre). Deutschland erlebt eine Zeit intensivster Anspannung der nationalen Energien zur Verwirklichung seines grossdeutschen, restlos zentralisierten, standardisierten, gleichgeschalteten Staats- und Machtapparats. Wir verschliessen uns als Zuschauer auch nicht diesem Schauspiel, dessen grandiose Aspekte unserer Aufmerksamkeit keineswegs entgehen. Aber wir vergessen dabei nicht das frühere, ältere, in seinen Dimensionen kleinere, geistig und kulturell grössere Deutschland, dessen Bedeutung für die Welt ebenfalls ungeheuer war, trotz oder dank seiner Vielgestaltigkeit, seinem Partikularismus und seinem an Spannungen wie an politischen Persönlichkeiten reichen Dualismus zwischen Nord und Süd, Preussen und Oesterreich. Das Verbrechen, das man im neuen Grossdeutschland den österrei-

chischen Heimattreuen der Aera Dollfuss-Schuschnigg zur Last legt, ist letzten Endes nur die Anhänglichkeit an eine ältere, kultiviertere, vielleicht tatsächlich überlebte und der neuen deutschen Generation nicht mehr geläufige Form des Deutschtums. Ignaz Seipel, der grosse Oesterreicher, hat ihr im Jahr 1926 folgenden Ausdruck gegeben: „Für uns ist die Nation, unabhängig von der staatlichen Gemeinschaft, die grosse Kulturgemeinschaft; sie steht uns Deutschen näher als der Staat; wir glauben nicht daran, dass der Staat die einzige Lebensform für die Nation ist, weil wir eine andere Geschichte als die anderen durchgemacht haben; ich zweifle daran, ob es dem Frieden dienlich ist, wenn man das nationale Ideal der Deutschen genau in dieselben Geleise bringen will, auf dem die anderen ihr Ideal erreicht haben oder ihm zustreben." Diese Worte wurden von dem damaligen Bundeskanzler geprägt, als es noch keinen Kampf gegen den Nationalsozialismus gab. Man kann also keinesfalls gegen sie den Vorwurf erheben, die in ihnen ausgedrückte Auffassung von nationaler Kulturgemeinschaft im Gegensatz zur Nationalstaatlichkeit sei bloss eine weltanschauliche Drapierung eines niedern politischen Parteizanks gewesen. Hier steht nicht der Klerikale gegen den Nazi auf, hier wird ein Deutschtum gepriesen, das glaubt, ein restloses Aufgehen Oesterreichs im deutschen Staatsverband wäre ein kultureller Verlust für die Nation.

*

Es ist wohl der tiefste Unterschied zwischen Oesterreich und der Schweiz gewesen, dass sich die Oesterreicher als Deutsche fühlten, dass sie ihren Staat als deutschen Staat empfanden und dass die Problematik der österreichischen Politik von jeher und in zunehmendem Mass nur ein Ausschnitt aus der umfassenderen Problematik war, die mit dem politischen Werdegang der deutschen Nation verbunden ist. Zweimal habe ich Gelegenheit gehabt, den Schöpfer des letzten österreichischen Staatsgedankens, den überlegenen Lehrmeister der Engelbert Dollfuss und der Kurt von Schuschnigg, Bundeskanzler Ignaz Seipel, reden zu hören. Von der asketischen Priestergestalt des Prälaten, von den etwas starren Zügen seines glatten Gesichts, von dem kühlen Blick der gescheiten, durch eine Brille verschärften Augen

ging kein menschlicher Zauber, kein gewinnendes Fluidum aus; aber seine Persönlichkeit besass im höchsten Grad jene Eigenschaft, die man Autorität nennt und die nicht erlernen und erzwingen kann, wem sie nicht gegeben ist; die Wirkung seiner Rede kam nicht von der Rhetorik oder Gestik, auf die er in strenger Selbstzucht verzichtete, sondern von der Schärfe des Intellekts, von der Klugheit seines politischen Raisonnements, von der strengen Logik, mit der er seine Argumente entwickelte. Er war durchaus der Mann, der Schule machen konnte, und von seinem politischen und geistigen Erbe lebten seine Nachfolger; der bewegliche, gewinnende, aber allzu improvisierende Dollfuss, der grundanständige, kultivierte, aber ein wenig phantasielose und weiche Schuschnigg. Ich erinnere mich sehr deutlich, wie stark ich damals den Unterschied empfand, der zwischen dem Wesen und den Worten des österreichischen Staatsmannes und schweizerischem politischem Empfinden klaffte. Sprechen wir nicht vom Priesterrock, von dem sogar Schuschnigg gesteht, er sei in Oesterreich selbst ein unüberwindliches Hindernis zwischen dem Kanzler und dem Volk gewesen; unsere Zeit erträgt tatsächlich in keinem Staat mehr den Geistlichen als Politiker oder gar als Minister. In Seipel lebte noch die österreichische Reichsidee, von der er das Gute in den kleinen Bundesstaat hinüber zu retten bestrebt war. Aber war es überhaupt möglich, von der Reichsidee auszugehen, um einem kleinen Staat Sinn und Inhalt zu geben, nachdem das Reich zerbrochen und das Kaiserhaus verstossen war? Ein Kleinstaat, der um seine Selbständigkeit kämpft, wie in früheren Jahrhunderten die holländischen Generalstaaten oder die eidgenössischen Orte, kann dies nicht unter Berufung auf die Reichsidee, sondern nur in bewusstem und gewolltem Gegensatz zu ihr tun. Aber weil er diese Schwierigkeit wohl kannte und weil die Lebensgemeinschaft, in der Oesterreich jahrhundertelang mit fremdstämmigen Völkern gewesen war, seit 1918 wegfiel, nahm Seipel die nationale Idee zu Hilfe und gab die Losung vom „deutschen Staat Oesterreich", vom „zweiten deutschen Staat" aus, dem eine besondere Aufgabe in der nationalen Kulturgemeinschaft zufalle. Aber am Bewusstsein von seinem Deutschtum und an seinem Bekenntnis zu ihm musste die österreichische Eigenstaatlichkeit früher oder später zugrunde gehen — das war jedem

Zuhörer klar, der der Rede Seipels aufmerksam folgte, in einer Zeit, da es noch keinen Hitler gab.

Das Bekenntnis Seipels zur deutschen Nation, in der Formulierung, die wir oben wörtlich wiedergegeben haben, ist zwar schön, scharfsinnig, fein abgewogen, es wurde von Dollfuss übernommen und von Schuschnigg in seiner schwungvollen, mutigen Rede im Bundestag am 24. Februar 1938 kurz vor Torschluss übernommen und frei entwickelt; aber es ist unzeitgemäss, lebensfern, unpolitisch. Die Zeiten, wo die Dynamik des deutschen Geistes auf den Gebieten der Kultur, der Dichtung, der Philosophie, der Wissenschaft, der Musik lag, sind fern, das deutsche Nationalbewusstsein ist betont politisch geworden und seine Dynamik ist auf den Zusammenschluss und Ausbau des Einheitsstaates gerichtet. Das Bestehen eines „zweiten deutschen Staates" mit besonderer Mission, dessen Volk sich aber auch zur deutschen „Nation" rechnet und sein Deutschtum hervorhebt, war in dieser Form von vornherein in Frage gestellt. Das umso mehr, als schon nach dem Zusammenbruch von 1918 die neuerstandene deutsche Republik in der Weimarer Verfassung die Zugehörigkeit Oesterreichs zum Reich verkündigte und in den österreichischen Bundesländern, wo 1921 Abstimmungen zugunsten des Anschlusses durchgeführt worden sind, die Losung „Heim zum Reich!" nie zum Verstummen kam.

Auch aus den Debatten und Verhandlungen zwischen Deutschland und den Mächten verschwand die Anschlussfrage nie ganz, im republikanischen Deutschland war der sozialdemokratische Reichstagspräsident Loebe Vorsitzender der Vereinigung für den Anschluss Oesterreichs. Das politisch-kulturelle Zwielicht, in dem dieses Problem immer wieder erschien, leuchtet auch über dem merkwürdigen Gespräch, das Stresemann in Paris mit dem damaligen Ministerpräsidenten Poincaré geführt hat und von dem Ernst Feder in seiner „Erinnerung an Stresemann" (Mass und Wert, 1938 Heft 4) berichtet: „In Stresemanns Nachlass hat man den Bericht über seine Unterhaltung mit Poincaré gefunden, deren Verlauf von beiden zu ihren Lebzeiten streng geheim gehalten wurde... Man empfindet, wie er um die Seele des Mannes ringt, der in Deutschland als die Verkörperung des Widerstandes gegen die deutsch-französische Verständigung galt... Und doch muss Stresemann mit ihm in Kontakt kom-

men. Er hat einen glücklichen Einfall. Als Poincaré gegen den Anschluss Oesterreichs spricht und Akten und Reden zitiert, da gibt der deutsche Minister nicht nur die offizielle Antwort, dass niemand zur Zeit an den politischen Anschluss denkt, sondern er öffnet ihm zugleich sein Inneres und bekennt sich zu der kulturellen Verbundenheit mit Oesterreich. Er erklärt dem Franzosen, warum er sich in Wien, in Salzburg, in Innsbruck ebenso zu Hause fühle wie auf reichsdeutschem Boden, weshalb die Norddeutschen, die in der Amerikanisierung des modernen Lebens etwas vom Besten des deutschen Wesens verloren haben, es im Oesterreichertum wiederzufinden glauben. Der warme echte Ton berührt den Kulturmenschen Poincaré. Ein persönliches Verständnis zwischen Beiden bahnt sich an." Die Auffassung Stresemanns berührt sich eng mit derjenigen Seipels (ihre Regierungszeit fiel in die selben Jahre). Seither hat sich in der nationalsozialistischen Bewegung eine primitivere, elementarere, unbedenklichere Auffassung unter der Parole „Ein Volk, ein Reich, ein Führer" durchgesetzt und konnte das militärisch erstarkte Reich die Rücksichten fallen lassen, die in früheren Jahren auf den Widerstand der Mächte genommen werden mussten. Aber wie in so mancher andern Beziehung hat das Dritte Reich auch in der Anschlussfrage die Politik der Weimarer Republik konsequent zu Ende geführt, wenn auch mit anderen Formulierungen und Methoden.

Das Schicksal Oesterreichs war schon immer mit dem Schicksal Deutschlands eng verbunden, und insofern ist das Verschwinden des österreichischen Staates eine deutsche Frage. Aber gerade in diesem Punkt war von jeher und ist mehr denn je die Stellung der Schweiz eine völlig andere. Sie war an den Auseinandersetzungen zwischen den deutschen Staaten und Stämmen nie beteiligt, sie blieb innerlich sowohl als nach aussen hin von dem Ringen um die politische Einheit Deutschlands unberührt, die grossdeutsche Idee hat zu keiner Zeit und in keiner Form in der Bevölkerung der deutschsprechenden Kantone ein Echo erweckt (von den französisch, italienisch und romanisch sprechenden Landesteilen nicht zu reden), es wäre nie einem Schweizer, ob Politiker, Intellektueller oder einfacher Bürger eingefallen, sich zur deutschen Nation zu rechnen, es hat sich gewiss nie ein Deutscher in Basel, Zürich oder Bern, wie Strese-

mann in Oesterreich, ebenso zu Hause gefühlt wie auf reichsdeutschem Boden — es sei denn, er sei innerlich und ehrlich Schweizer geworden, was nicht selten vorkam, was aber, wie jede Einbürgerung in einem fremden Land, mit dem Verzicht auf sein deutsches Staatsbewusstsein bezahlt werden musste. Zugegeben, dass es Grenzfälle gab und gibt, dass glücklicherweise dem Schweizer der Chauvinismus nicht liegt, dass besonders in früheren, freizügigeren und harmloseren Zeiten manche Schweizer in den Nachbarländern und umgekehrt Ausländer bei uns zu Hause waren und ein Doppeldasein führten: das gehört aber zu der Aufgeschlossenheit und Weltläufigkeit des Schweizers überhaupt, zu der Verwandtschaft, die er mit den drei Nachbarvölkern pflegt, zu seinem angestammten Weltbürgertum und den vielfältigen Beziehungen, die ihn mit dem Ausland verbinden, wobei die dreifache Sprachgemeinschaft mit den drei grössten Kulturnationen unseres Kontinents uns in besonderem Mass befähigen, mit ihnen einen engeren Kontakt zu finden und zu unterhalten, als dies sonst unter „Fremden" möglich ist. Dass es unsere grosse Hoffnung ist, die Hochkonjunktur des Nationalismus in der heutigen Welt möge eines Tages abflauen, damit auch wir wieder unbeschränkter und unbedenklicher den freien Umgang mit der Umwelt pflegen können, in dem wir eine der edelsten und erspriesslichsten Aufgaben unseres Sonderdaseins im Herzen Europas erblicken, ist eine Frage für sich. Aber gerade gegenüber diesen Nationalismen verspüren wir stärker als je, dass der vielsprachige Bund mit seinen 22 Kantonen nicht nur unsere einzige Heimat ist, sondern dass er uns auch als Staat und als Nation zugleich genügen muss. Wer anders spricht oder denkt, wer sein Schweizertum mit nationaler Zugehörigkeit zu einem andern Volk oder Reich für vereinbar hält, begibt sich bereits auf die abschüssige Bahn der Begriffs- und Gefühlsverwirrungen, wo eine aufrichtige, unzweideutige staatsbürgerliche und politische Haltung nicht mehr möglich ist.

In einer solchen Haltung aber liegt nichts Agressives und nichts Ueberhebliches. Auch keine Unterschätzung der Macht, die unseren drei Grenznachbarn eine so formidable materielle Ueberlegenheit verleiht. Auch keine Kritik des politischen Verhaltens anderer Staaten und Völker. Auch nicht pharisäischer Stolz, dass man nicht sei wie die anderen. Sie ist nur der

schlichte Ausdruck der Selbstgenügsamkeit eines staatlich geeinten, seelisch gesunden, politisch freien Volkes. Ueber den Sinn und Inhalt des Staates ist zwar bei uns viel diskutiert und gestritten, aber seine Unabhängigkeit oder gar seine Existenz ist nie in Frage gestellt worden, und was seine Grenzen betrifft, können wir sehr wohl die Worte Mussolinis aus seiner letzten Kammerrede für uns in Anspruch nehmen, alle Grenzen seien uns heilig, sie bildeten nicht den Gegenstand von Debatten, sondern sie würden verteidigt.

*

Man wird einwenden, die verschiedenen Landesteile gehörten aber doch dem deutschen beziehungsweise dem französischen und dem italienischen Kulturkreis an. Das ist unbestritten. Die umliegenden Nationen haben uns Reformatoren, Philosophen, Dichter geschenkt, die wir in unseren eigenen schweizerischen Nationalsprachen lesen können, und auch wir haben ihnen Reformatoren, Philosophen, Dichter geschenkt. — Calvin gegen Rousseau. Frau von Staël gegen Sainte-Beuve. — Luther gegen Zwingli. Die Werke Gottfried Kellers und C. F. Meyers zum Dank für Goethes „Schweizerreise" und Schillers „Wilhelm Tell." — Das gegenseitige Geben und Nehmen von Kulturgütern hat nie aufgehört. Heute gibt es zwei Tessiner Dichter, deren Werke in Italien bekannt und geschätzt sind. Dass uns so grosse Kulturreiche wie Deutschland, Frankreich und Italien mehr schenken konnten als wir ihnen, ist wohl selbstverständlich. Aber Kenner unserer Geistesgeschichte, deutsche und französische Historiker oder Kritiker, haben festgestellt, dass für ihre Kleinheit der Beitrag der Schweiz an die gemeinsame Kunst, Literatur oder Wissenschaft ein überraschend grosser sei. Wir dürfen kulturell ein gutes Gewissen haben, gerade und insbesondere auch gegen Deutschland. Die Sprache eines Jacob Burckhardt, eines Gottfried Keller, eines Spitteler wurde von deutschen Professoren und Schriftstellern als klassisch und vorbildlich bezeichnet. Und ohne dass wir es je nötig gehabt hätten, Theorien über Blut und Boden aufzustellen, hat in unserem Land die Liebe zur Scholle, die lebendige Verbundenheit aller Gesellschaftsschichten mit der engeren und engsten Heimat, die Pflege von lokalen Ueberlieferungen, Familientraditionen

und währschaften Gebräuchen, der echte und daher nicht nationalistisch übersteigerte Sinn für das Vaterländische nie aufgehört, unser tägliches sowie unser politisches und kulturelles Verhalten zu bestimmen.

Wir haben Verständnis dafür, dass in modernen Großstaaten, wo Millionen und Abermillionen von verarmten Großstadtbewohnern und Fabrikarbeitern in elenden Industrieorten, von entwurzelten Menschen und irrender Jugend jede Erinnerung und jeden Zusammenhang mit dem Heimatlichen und Bodenständigen verloren haben, die volklichen Kräfte neu geweckt und zusammengefasst werden müssen, selbst um den Preis doktrinärer Ueberspitzung und organisatorischer Uebertreibung. Das ist bei uns nicht nötig, die Kleinheit unseres Staatsgebietes, wo ausserdem gefühlsmässig die noch kleineren politischen Einheiten des Kantons und der Gemeinde uns als Heimat am nächsten stehen, enthebt uns der Notwendigkeit und sogar der Möglichkeit, unser Volksbewusstsein auf der Grundlage der Massenbewegung zu pflegen. Wir brauchen nicht zum Volkstum zurückzufinden, weil wir es nie verloren noch verleugnet haben. In keinem unserer Landesteile. Weder in der Stadt noch auf dem Land. Weder bei deutsch noch bei welsch. Man strebt nicht „heim" zu irgendetwas, wenn man daheim ist. Ich glaube man kann lange suchen, ehe man ein erdhafteres Volk als das schweizerische findet, und gewisse Schwierigkeiten unseres politischen Zusammenlebens und unserer Beziehungen zum Ausländischen kommen eher von einem Zuviel als von einem Zuwenig dieser Eigenschaft. Ich gehörte auch nie zu denen, die einen Kultus mit der Bodenständigkeit treiben, und gewisse Auswüchse auf dem Gebiet des Heimatschutzes, der Dialektbewegung oder der geistigen Landesverteidigung halte ich für ungesund. Man soll sich auch nicht der neuen Zeit, der sich rasch verändernden Welt, dem Fremden starrsinnig verschliessen. Man soll sich nicht eigenbrödlerisch einkapseln in seinen Häusern und Häuschen, nicht Eigensinn und Absonderlichkeit für nationale Tugenden halten. Denn unser Partikularismus hat allerdings solche Kehrseiten, aber wir erinnern nur deshalb daran, weil sie auch ein Beweis, wenngleich ein negativer, für das starke Selbstbewusstsein und die tief verwurzelte Heimattreue sind, die das Schweizervolk durch Jahrhunderte bewahrt hat.

Für die deutsche Schweiz gilt überdies, dass sie sich sehr früh, im ausgehenden Mittelalter und in der beginnenden Reformationszeit, vom Reiche losgerissen und eine staatliche Sonderexistenz gegründet hat, die im Widerspruch zur Reichsidee stand, bis diese völlig im politischen Bewusstsein der eidgenössischen Kantone erloschen ist. Professor Richard Feller hat in seiner Berner Rektoratsrede meisterhaft die politische Lebensform der alten Eidgenossenschaft beschrieben und definiert; nie hat der staatliche Absolutismus sich einbürgern können, immer war es „genossenschaftlicher" Geist, im Bund und in den Kantonen, der das politische Leben beseelte und bestimmte. Aber ohne vorhergehende territorialstaatliche und absolutistische Entwicklung ist auch kein Ausbrechen aus dem engeren eidgenössischen Rahmen ins Nationalstaatliche möglich; während in den anstossenden Ländern Frankreich, Italien, Deutschland der Territorialstaat und der Absolutismus der Landesfürsten geradezu den Boden für den geeinigten und zentralistischen Nationalstaat bereitet hatten. (Denn was heute der Nationalsozialismus aus Deutschland macht, ist mit moderneren Mitteln was auf ihre Weise die Jakobiner und Bonaparte vor nahezu anderthalb Jahrhunderten aus Frankreich gemacht haben).

Man glaube ja nicht, dass solche Argumente zu weit hergeholt seien; es ist im Gegenteil die Tatsache, dass die Schweiz wie eine alte Bergtanne auf eigenem steinigem Boden ihre Wurzeln getrieben und in herber Höhenluft manch wildem Wetter standgehalten hat, allein und fern den deutschen Wäldern, die ihr die grosse Festigkeit und Unbewegtheit gibt, wenn jenseits der Grenzen grossdeutsches Rauschen über allen österreichischen Wipfeln stürmt. Oesterreich hatte nie aufgehört, mit dem Reichsgedanken verbunden und an den deutschnationalen Auseinandersetzungen in hervorragender Weise beteiligt zu sein, — bis es die jubelnde Beute eines vom preussischen Norden her geeinten Reiches und eines offensiven Grossdeutschtums nationalsozialistischer Provenienz wurde.

Es würde nämlich keineswegs genügen, die Immunität der deutschen Schweiz gegenüber grossdeutschen Gedankengängen nur aus ihrer Verbundenheit mit den französischen und italienischen Landesteilen zu erklären. Ein Oesterreicher war immer

schon ein Deutscher, wenn auch ein Deutscher besonderer Prägung; das trifft seit Zwingli für die Deutschschweizer nicht mehr zu. Die alte Eidgenossenschaft ist ihrem Ursprung nach aus dem Kampf gegen das Haus Habsburg entstanden — in dem Jahrhundert, das von der Schlacht am Morgarten bis zur Eroberung des Aargaus und Thurgaus im Jahr 1415 reicht. Eine zeitlang machten die eidgenössischen Orte gemeinsame Sache mit den süddeutschen Städten gegen die Habsburger, aber während jene die Ritterheere der Herzöge von Oesterreich besiegten, war diesen kein Erfolg beschieden. Es kam alsdann zu offenen Streitigkeiten zwischen Eidgenossen und süddeutschen Städten, so dass schon am Ende des 15. Jahrhunderts das Gebiet und die politische Gemeinschaft der deutschen Schweiz (eine andere gab es noch nicht) sowohl gegen die österreichische Hausmacht im Osten als gegen die schwäbischen Lande nördlich des Rheins abgegrenzt waren. Als 1495 der Reichstag zu Worms den Beschluss fasste, eine Reichssteuer, den sogenannten Gemeinpfennig zu erheben, brach zwischen den Eidgenossen und dem Reich ein kurzer, furchtbarer Krieg aus, den die alten Orte gemeinsam mit den Bündnern zu einem glücklichen Ende führten. Im Frieden von Basel 1499 fand die Verbundenheit der Eidgenossenschaft mit dem Reich, wenn nicht formell, so doch tatsächlich ein Ende. Sie war niemandem mehr den Huldigungseid schuldig. Die Reformation hätte vielleicht eine geistig-religiöse Vereinigung der Schweiz mit der deutschen Kulturgemeinschaft neu begründen können; das Marburger Religionsgespräch zwischen Luther und Zwingli hat diese Möglichkeit zum Scheitern gebracht. Es lebte schon ein so verschiedener Geist in diesen beiden Reformatoren deutscher Zunge, dass sie sich nicht verstehen noch verständigen konnten. Erst nach diesen Ereignissen wurde die Schweiz aus einem deutsch-sprachigen zu einem mehr-sprachigen Land. Von der Eroberung der Waadt durch die Berner (1536) sprechend, sagt William Martin in seiner „Histoire de la Suisse": „Man kann die Wichtigkeit dieser Eroberung gar nicht übertreiben. Sie ist derjenigen des Tessins vergleichbar, deren Bedeutung sie noch übertrifft. Sie bedeutete für die Eidgenossenschaft eine Wiedergeburt. Obschon es nicht erlaubt ist, die Geschichte umzudenken, kann man behaupten, dass wenn die Schweiz rein deutsch geblieben wäre,

sie ihre Unabhängigkeit gegen die moderne Nationalitätenbewegung nicht hätte behaupten können, als grosse Staaten auf der Grundlage der Spracheinheit geschaffen wurden. Im Augenblick wo die Berner das Waadtland eroberten, haben sie vielleicht nicht die ganze nationale Wichtigkeit ihrer Tat ermessen, denn die Vielsprachigkeit erstaunte damals niemanden. Nichtsdestoweniger hat diese Eroberung den Bund erneuert und vielleicht gerettet." Erinnern wir noch daran, dass jeder der grossen Friedensschlüsse die Unabhängigkeit der Schweiz neu konsolidiert hat: der Westfälische Frieden von 1648 bestätigte nun auch formell die staatliche Unabhängigkeit und Souveränität der Eidgenossenschaft, gleichzeitig mit derjenigen Hollands; die Schlussakte des Wiener Kongresses von 1815 brachte ihr die Anerkennung und Garantierung ihrer Neutralität durch die Mächte. Selbst der Eintritt der Schweiz in den Völkerbund war nur möglich, weil die Mächte in der Londoner Deklaration der besonderen Stellung der Schweiz als eines neutralen Staates Rechnung trugen.

*

An den weitläufigen innerdeutschen Auseinandersetzungen zur Zeit Karls V. und Luthers, am grossen deutschen Bruderkrieg, den man den 30-jährigen nennt, an dem Kampf der deutschen Fürsten und Duodezstaaten gegen die oberste Reichsgewalt, die die Habsburger in Wien innehatten und zäh, aber Schritt für Schritt zurückweichend verteidigten, und auch an den aussenpolitischen Streitigkeiten des Reiches, die sich im 16. und 17. Jahrhundert in Form des Kampfes zwischen den Häusern Habsburg und Bourbon um die Vorherrschaft in Europa abspielten, war die alte Eidgenossenschaft bereits nicht mehr beteiligt. Sie wahrte und behielt ihre Neutralität, um den blutigen Preis der Belieferung der ausländischen Fürstenhöfe mit schweizerischen Söldnertruppen. Innerhalb Deutschlands begann 1740 der Kampf zwischen Oesterreich und Preussen, dessen erstes Kapitel von den Kriegen zwischen Friedrich dem Grossen und der Kaiserin Maria Theresia erfüllt ist, und dessen letztes Kapitel wir am 13. März 1938 durch die Vereinigung der Völker Deutschlands und Oesterreichs erlebt haben. Die ohne Kriegserklärung erfolgte, plötzliche und mit foudroyanter Wucht durchgeführte

Besetzung der österreichischen Provinz Schlesien durch die preussischen Truppen, die langen, blutigen aber vergeblichen Versuche Maria Theresias, Friedrich seine Beute zu entreissen, bedeuteten den ersten Bruch in der Geschichte Oesterreichs. Als sich dieses, entgegen einer mehr als zweihundertjährigen Ueberlieferung, mit Frankreich gegen den Preussenkönig verbündete, der seinerseits das französische Heer in Rossbach aufs Haupt schlug, da hatte es auch aussenpolitisch aufgehört, der Vorkämpfer des Deutschtums gegen die äusseren Reichsfeinde zu sein. Diese Aufgabe war an Preussen übergegangen. In seinem Charakterbild der Kaiserin Maria Theresia schreibt Carl Burckhardt: „Der grosse, mit der Gefahr einer Todeskrankheit verlaufende Prozess der Verlagerung deutscher Macht vom Süden mit seinem himmlischen, heiter-versöhnlichen Gotte und seiner anschaulichen Diesseitigkeit, hinüber zur Abstraktion des Nordens, wo der Staat, jenseits von Gut und Böse, göttliche Natur erhält —, der Kampf um die Vorherrschaft: mit der Eroberung Schlesiens hatte er zugunsten des protestantischen Preussen eingesetzt, Königgrätz ist die unausweichliche Folge Hohenfriedbergs, und Sedan lässt alle Tiefen der deutschen Völker sich erfüllen mit dem Gefühl der Zuversicht, die schon Friedrichs Sieg bei Rossbach den Zeitgenossen schenkte. Vom Augenblick an, da Oesterreich nicht mehr unbestrittene Vormacht in Deutschland war, fiel sein Amt der Abwehr gegen Frankreich weg. Wie Maria Theresia sich auch wenden mochte, einem politischen Verstand vom Range des ihren konnte es nicht entgehen, dass Schlesien der Schlüssel zur Hegemoniestellung im Reiche war."

Obschon die Herrscher aus dem Hause Habsburg-Lothringen bis 1806 fortfuhren, im Heiligen römischen Reich deutscher Nation die kaiserliche Würde zu bekleiden, waren sie in Wirklichkeit nur noch Territorialfürsten, die nach den Grundsätzen des Absolutismus über die österreichischen Erblande und Ungarn herrschten. Die napoleonischen Kriege, an denen das zur Fiktion gesunkene deutsche Kaisertum in seiner überlieferten Form endgültig zerbrach, zwangen Franz II., diesen Verhältnissen auch formal Rechnung zu tragen, indem er als blosser Landesfürst unter dem Namen Franz I. den Titel eines Kaisers von Oesterreich annahm. Der ausserordentlichen Staatskunst eines Metternich und der Schwäche Preussens war es zu dan-

ken, wenn seit dem Wiener Kongress Oesterreich im Deutschen Bund wieder das Präsidium übernehmen konnte, — bis 1866 Bismarck Oesterreich durch Anwendung von Gewalt zur Trennung von Deutschland zwang. Bismarck ist es, der für die Dauer von nunmehr 72 Jahren die Verwirklichung eines grossdeutschen Reiches mit Einschluss Oesterreichs verhindert hat, nachdem bereits im Jahre 1848 die deutschen Länder Oesterreichs durch gewählte Abgeordnete in der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. vertreten waren. Auch nach dem deutsch-französischen Krieg von 1870 blieb Bismarck der entschlossenste Anschlussgegner, und in einem Interview, das er 1874 dem ungarischen Schriftsteller Moritz Jokai gewährt hat und das damals grosses Aufsehen erregte, erklärte der eiserne Kanzler: „Gott behüte uns vor der Annexion der österreichischen Erblande! Der deutsche Minister, dem es einfallen sollte, sie verwirklichen zu wollen, wäre reif für..." Bismarck beendete seinen Satz nicht. Aber er fügte bei: „Was mich betrifft, wenn die österreichischen Provinzen sich gutwillig oder mit Gewalt uns anschliessen wollten, wäre ich imstande, mit dem Krieg zu antworten, aber gegen sie, um sie daran zu verhindern!" Trotzdem er in Versailles das Deutsche Reich unter preussischer Führung neugegründet hatte, dachte Bismarck noch durchaus territorialstaatlich, fühlte er ganz und gar dynastisch, bedurfte er für seine Politik des Gegensatzes zwischen Preussen und Oesterreich, Hohenzollern und Habsburg, obschon er 1879 mit Kaiser Franz Joseph das Bündnis abschloss, das 1914 Deutschland und Oesterreich-Ungarn zwang, auf Gedeih und Verderb miteinander den Krieg zu führen, bis zu seinem unglücklichen Ausgang. Es ist durchaus kein Zufall, dass die Verwirklichung Grossdeutschlands erst zustande kommen konnte, nachdem infolge der Niederlage von 1918 die Hohenzollern und die Habsburger weggefegt waren, Preussen sich in einem zentralisierten Reich aufgelöst hatte, im deutschen Volk das Bewusstsein vom alten deutschen Partikularismus und Föderalismus erloschen war, — und vor allem, nachdem auf Kosten der traditionellen Einheit der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie die Völker der Krone Habsburg entsprechend ihrer nationalen Zugehörigkeit auseinandergefallen waren und den kleinen, deutschen Rumpfstaat Oesterreich seinem Schicksal überlassen hatten. —

Es war das Verhängnis Oesterreich-Ungarns und des habsburgischen Kaiserhauses, dass es nach der Revolution von 1848 nicht den Versuch unternommen hat, die Monarchie als föderalistischen Nationalitätenstaat umzubauen, mit gleichen Rechten für die deutschen, slavischen, magyarischen und romanischen Völkerschaften. Die Pläne des Thronfolgers Franz Ferdinand, die auf einen österreichisch-ungarisch-jugoslavischen Trialismus abzielten, wurden durch die Schüsse von Serajewo im Keime erstickt, und als Kaiser Karl unter dem Zwang des verlorenen Krieges die Gleichstellung der Nationalitäten in einem föderalistischen Reichsverband versprach, war es zu spät. Auch die Friedenskonferenz von 1919 hätte beim besten Willen aus den Trümmern der Doppelmonarchie keine Donaukonföderation aufbauen können, denn schon im Mai 1915 hatte die Entente mehrere österreichische Provinzen den Italienern in Aussicht stellen müssen, im August 1916 konnte sie Rumänien nur durch das Versprechen zum Eintritt in den Krieg bewegen, man werde ihm Siebenbürgen und die Bukowina geben; kurz vorher war die Entente Verpflichtungen gegenüber Masaryk eingegangen, und die Versprechungen an König Peter von Serbien waren schon kurz nach dem Beginn des Weltkriegs abgegeben worden. So kam es, dass die Entente, besonders um nicht Italien vor den Kopf zu stossen, bereits auf die Anträge Kaiser Karls betreffend einen Separatfrieden im Jahr 1917 nicht mehr eingehen konnte.

Abgesehen von der Stärke der Anschlussidee im österreichischen Volk muss anerkannt werden, dass vom Ausland her die Möglichkeit, das kleine Oesterreich als selbständigen Staat am Leben zu erhalten, geradezu verbaut wurde, und dass auch das Regime, das während der letzten fünf Jahre den Kampf gegen das Dritte Reich führte, keine glückliche Hand hatte. Die Kleine Entente hat eine rein negative Politik des Status quo betrieben und nichts versucht, was wenigstens die wirtschaftliche Einheit des Donauraums hätte am Leben erhalten und Oesterreichs Stellung als Umschlagplatz, als Industriestaat und Wirtschaftszentrum hätte bewahren können. Es war ferner das Verhängnis der Kleinen Entente selbst, dass ihre antihabsburgische Einstellung so völlig mit derjenigen Deutschlands und der grossdeutsch denkenden Oesterreicher übereinstimmte; indem die Re-

stauration verhindert wurde, war Oesterreich nicht imstande, der nationalen Parole die Parole der Treue zum Kaiserhaus entgegenzustellen. Mussolini selber hat nach seiner Annäherung an Hitler den Erzherzog Otto fallen lassen, dem er in einem gewissen Zeitpunkt die Unterstützung Italiens durch seine Verehelichung mit einer italienischen Prinzessin hätte leihen wollen — wenn nicht das väterliche Veto des Königs Victor Emmanuel diesen Plan bereits vereitelt hätte. Auch als in einer ausweglosen Lage Aussenminister Schober mit dem Reichsaussenminister Curtius 1931 sein Zollunionsprojekt vereinbarte, liess man Oesterreich und Deutschland die formalistische Härte der Friedensverträge spüren, indem man durch einen Rechtsspruch des Haager Gerichtshofs diesen Vertrag ungültig erklären liess. Andere Pläne für eine Reorganisation Mitteleuropas — unter anderem der von Tardieu angeregte — scheiterten an der Uneinigkeit der Mächte und der Nachfolgestaaten. Infolge der Weltwirtschaftskrise und der Katastrophe der Wiener Creditanstalt ging Oesterreich trotz der von Dollfuss aufgenommenen Auslandsanleihe erneut wirtschaftlich schweren Zeiten entgegen. Schuschnigg erhebt selber in seinem Buch „Dreimal Oesterreich" den Vorwurf, dass der Friedensvertrag „die Radikalisierung der Masse nach allen Seiten zwingend zur Folge haben musste und überdies dem Staat die Machtmittel nahm, mit eigenen amtlichen Kräften gegen jeden inneren Umsturz sich zu rüsten." Auf diese Weise entstanden die privaten Schutzbünde und Heimwehren jeder politischen Färbung, und die Spannung entlud sich in den furchtbaren, blutigen Februarereignissen des Jahres 1934. Die damalige Niederwerfung der Sozialdemokratie und die Zermürbungstaktik der Nationalsozialisten, aber auch die etwas schmollende Haltung der Legitimisten taten ein Uebriges, um den beiden letzten Bundeskanzlern das Regieren äusserst schwer zu machen. Indem endlich die Sanktionspolitik des Völkerbundes gegen Italien, das der Protektor Oesterreichs war, dieses zwang, sich von der Genfer Institution, die früher dem österreichischen Staat ihre Hilfe geliehen hatte, zu distanzieren, war die Wiener Regierung buchstäblich zwischen zwei Stühlen. Letzten Endes allerdings wurde sie durch die Annäherung Roms an Berlin und infolge der Konzessionen, die sie im Abkommen vom 11. Juli 1936 an das Dritte Reich zu machen gezwungen wurde, zer-

drückt. Das in diesem Abkommen enthaltene Versprechen, ein deutscher Staat zu sein und deutsche Politik zu machen, war gleichbedeutend mit einem Oeffnen der Schleusen, durch die die Fluten der nationalsozialistischen Ideologie einströmen konnten.

Aber auch die innere Politik des österreichischen Staates seit dem Jahr 1934, die die Abschaffung des Parteienstaates und der Demokratie und seine Umgestaltung in einen sogenannten christlichen Ständestaat nach den Grundsätzen der Enzyklika Quadragesimo Anno brachte, war, wenn auch zwangsläufig, so doch ein Notbehelf, dessen Haltbarkeit von Anfang an höchst fragwürdig war. Im Grund hat das neue Regime, das bei einer Anwendung des demokratischen Wahlsystems sofort das Opfer der nationalsozialistischen Welle geworden wäre, auf seine Art und mit anderem Vorzeichen die nationalsozialistischen Regierungsmethoden in Oesterreich eingeführt: Führerprinzip, Totalitätsanspruch der vaterländischen Front, Beseitigung der politischen Freiheitsrechte, — ein autoritäres Regime in schlampiger Ausführung. Der ständischen Idee und dem politischen Katholizismus in dieser Form fehlten aber fast vollständig die Dynamik und die Zugkraft bei der Bevölkerung. Was wusste sie schon von der Enzyklika Quadragesimo Anno? An wen wandte sich, wem half der Ständestaat, mit dessen Aufbau ausserdem während ganzen fünf Jahren kaum begonnen worden war? Um ein Vaterland zu verteidigen, muss es nicht nur vom Willen des ganzen Volkes getragen sein, es muss sich auch in seinen Institutionen grundsätzlich und sichtbar von den Institutionen des Gegners unterscheiden. Als Schuschnigg in letzter Stunde, in innen- und aussenpolitischer Bedrängnis, zum Mittel einer Volksabstimmung griff, war es dazu nicht nur zu spät, sondern es stand auch im Widerspruch zu dem ganzen antidemokratischen Kurs der fünf Kampfjahre. Was bedeutete übrigens dieses „deutsche, christliche, soziale, unabhängige Oesterreich", für das gestimmt werden sollte? Was war deutsch, was christlich, was sozial — ja, nach Berchtesgaden, was war noch unabhängig daran? Das demokratisch-plebiszitäre Heilmittel, das der unglückliche, in die Enge getriebene Bundeskanzler im letzten Augenblick zur Rettung des todkranken Staates anwenden wollte, wirkte sich als ein fürchterlicher Sprengstoff gegen sein eigenes Regime

und Vaterland aus, dessen Untergang es explosiv beschleunigen half. —

Bedarf es einer Schlussbemerkung, was die Lehren betrifft, die wir Schweizer zweifellos aus diesem zu einem Wendepunkt der deutschen und der europäischen Politik gewordenen Schicksal Oesterreichs ziehen können? Vor allem geht doch wohl aus der Gegenüberstellung von österreichischer und schweizerischer Vergangenheit, österreichischer und schweizerischer Politik hervor, dass ein Vergleich zwischen beiden nicht nur schief, sondern unzulässig, weil unmöglich wäre. Nicht lange vor der Katastrophe des Regimes Schuschnigg sagte mir ein aus Oesterreich kommender Deutscher, es sei erstaunlich, wie von Wien aus gesehen die Schweiz wie ein rocher de bronze dastehe. Natürlich dürfen wir uns mit solchen Impressionen, mögen sie sich noch so gut begründen lassen, nicht zufrieden geben. Aber das Verhalten unserer Bevölkerung und nicht weniger dasjenige unserer Politiker nach dem historischen 11. März 1938 darf uns denn doch zuversichtlich stimmen. Die Erklärungen des Bundesrates und der Landesparteien ohne Ausnahme im Nationalrat haben bewiesen, dass die politischen Reflexe bei uns gesund sind. Ueber die Unterschiede der Sprache, der Konfession und der Parteien weg hat sich augenblicklich die Erkenntnis und der Wille eingestellt, dass in unsern rauhen Zeitläuften die einzige Ideologie das Vaterland, die einzige Dynamik ein unbeugsamer Abwehrwille gegen Angriffe von aussen sein muss. Dass die Schweiz weiter ihre historische Rolle als Hüterin der Alpenübergänge und als streng neutrales Land in der Mitte Europas spielen muss, hat die Bundesregierung ausdrücklich festgestellt.

Doch ebenso wichtig ist das unbedingte Festhalten an unserer staatlichen Eigenart; denn nur wenn wir anders sind als die anderen, wenn wir eine andere politische Aufgabe erfüllen als die nationalen Massen- und zentralisierten Großstaaten an unseren Grenzen, bewahren wir vor der Geschichte das Recht, als ein Staat für sich, eine Volksgemeinschaft eigener Prägung weiterzuleben. Der viersprachige Staat ohne Minderheiten und Irredenten, der alte Bund mit seinem föderalistischen Aufbau, die tiefe Freiheitsliebe und aufrichtige Duldsamkeit der Eidgenossen, die Demokratie, — nicht irgendeine abstrakte, von

Weltverbesserern erfundene und ausgeklügelte Demokratie, sondern die geschichtlich gewordene schweizerische Land- und Stadtdemokratie mit ihrer Selbstregierung in Gemeinde, Kanton und Bund, mit ihren Regierungskollegien, der die Führerschaft eines Einzelnen, und wäre er vom Volk gewählt, fremd und konträr ist, die rechtlich gesinnt aber nicht formalistisch verbogen ist, die gemeinsame schöne Fahne mit dem geraden weissen Kreuz: das ist es, was auf uns gekommen und was uns vertraut ist, was wir lieben — selbst wenn wir schimpfen oder Familienszenen machen. Das ist es, was wir einer anderen Welt entgegenzuhalten haben, ohne im geringsten ihr Schulmeister sein zu wollen, sondern nur weil wir es so bei uns für richtig und gut halten. Und was ausser Narren und Verrätern, für die wir besondere Häuser besitzen, bei uns Alle zu verteidigen bereit sind.